

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Veröffentlichungen nehmen die Anzeiger und für Anzeigen die Postämter entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Abdruckverbot: Die Abdruckverbotsschritte für Anzeigen aus Aue und Umgebung zu Pfennigen, auswärts je 20 Pfennige, auswärts je 30 Pfennige, auswärts je 40 Pfennige, amtliche Zeile 20 Pfennige.

Telegramme: Erzgebirge Auer. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 258

Freitag, den 4. November 1927

22. Jahrgang

Eine Erklärung Dr. Schacht = Dr. Reinhold.

Berlin, 2. Nov. Reichsfinanzminister a. D. Dr. Reinhold und Reichsbankpräsident Dr. Schacht veröffentlichen gemeinsam folgende Erklärung:
„Zu den Ausführungen, die der Reichsbankpräsident am 27. v. M. vor dem Haushaltsausschuß des Reichstages über die 92prozentige Reichsanleihe gemacht hat, stellen wir gegenüber irrigen Ausdeutungen in der Presse gemeinsam fest: Es ist richtig, daß die Reichsbank, als sie am 11. Januar den Diskontsatz ermäßigte, von der Absicht der baldigen Begebung einer Reichsanleihe keine Kenntnis haben konnte, da zu jener Zeit die Regierung selbst sich nicht mit einer solchen Absicht trug. Als indessen die sich häufenden Anleihepläne von Ländern und Gemeinden nach Ansicht des Reichsfinanzministeriums befürchteten ließen, daß der Markt sich erschöpfen würde, ehe das Reich mit einer Anleihe herauskäme, entschloß sich die Regierung zur sofortigen Auslegung einer Anleihe, zumal der Markt der festverzinslichen Werte eine lebhaftere Nachfrage zu steigenden Kursen zeigte. Wie diese Marktlage damals in der Öffentlichkeit aufgefaßt wurde, illustriert ein beliebig herausgegriffener Artikel im Handelsblatt einer großen Tageszeitung, wo es wörtlich heißt: „Unter diesen Umständen scheinen die Aussichten einer Reichsanleihe gerade in dem letzten Augenblick besonders günstig. Die Bedingungen, zu denen die Anleihe aufgelegt wird, lassen deutlich in Erscheinung treten, in wie großem Umfange sich der Landes-

zinsfuß wieder dem normalen Maß nähert. Noch vor einem halben Jahre wäre die Auslegung einer Reichsanleihe mit 5 Prozent Normalverzinsung bei einem Ausgabekurs von 92 Prozent undenkbar gewesen. Heute, wo 92prozentige Hypothekendarlehen zu 93½ bis 97½ Prozent, 92prozentige Stadtsanleihen zwischen 93 und 95 Prozent notieren, erscheint der Ausgabekurs nicht mehr gekünstelt. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß bei den genannten Papieren die Kursbildung wesentlich dadurch beeinflusst ist, daß es sich um Zwergemissionen handelt. Trotzdem ist anzunehmen, daß die Reichsanleihe, von der 200 Millionen bei öffentlichen Stellen mit Sperrverpflichtung jetzt untergebracht und auch die restlichen 300 Millionen fest von den Banken übernommen sind, glatt vom Publikum übernommen wird.“
Diese Beurteilung der Marktlage war dem Reichsfinanzministerium für die Auslegung eines 92prozentigen Typs maßgebend, dem die Reichsbank, welche am 20. Januar von der Anleiheabsicht informiert worden wurde, zustimmte, während sie hinsichtlich des Betrages eine niedrigere Summe empfahl. Nachdem aber das Reichsfinanzministerium die vom Konsortium gewünschte Maßfreiheit von weiteren Reichsanleihen bei einem niedrigeren Betrage nicht glauben zu können, haben weder die Konsortialmitglieder noch die Reichsbank Einwendungen erhoben.“

Die Russen auf der Abrüstungskonferenz.

F. B. von Dörben schreibt in der „Post. Sta.“:
Am 30. November soll in Genf von neuem die Kommission zur Vorbereitung einer allgemeinen Abrüstungskonferenz zusammentreten. Genau einen Monat vor diesem Datum hat der russische Volkskommissar für die auswärtigen Angelegenheiten dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß Rußland von jetzt an den Abrüstungsarbeiten in Genf teilzunehmen wünsche. Die ironische Ablehnung, mit der die Sowjetpresse bisher den Genfer Abrüstungsarbeiten gegenüberstand, hat, ist noch allzu stark in der Erinnerung aller an der Abrüstung interessierten Politiker, als daß man auf Grund der Moskauer Anmeldebildung von einem roten Optimismus sprechen möchte. Ebenfalls aber erscheint es anzunehmen, von vornherein anzunehmen, daß hier nichts anderes als eine propagandistisch aufgesetzte Sprechungsaktion von der Seite der Sowjets beabsichtigt sei. Rußlands Teilnahme an der Genfer Weltwirtschaftskonferenz hat gezeigt, daß man im Kreise der „kapitalistischen“ Mächte sehr wohl ernsthaft verhandeln kann, wenn die Vertreter Sowjetrußlands dabei sind.
Bei den Abrüstungsarbeiten ist aber die Teilnahme Rußlands nicht nur erwünscht und nützlich, sondern sogar unbedingte Notwendigkeit, wenn tatsächliche Resultate erzielt werden sollen. Solange die nach Frankreich abtrieb Militärmacht der Erde sich den Abrüstungsarbeiten fernhält, können selbst beim besten Willen alle Anstrengungen nicht zum Ziele führen, denn es ist nun einmal nicht zu verlangen, daß die unmittelbaren Nachbarn Rußlands die Waffen fortlegen, ehe nicht die Sowjets ihre Bereitwilligkeit erklärt haben, sich in irgendeiner Form den internationalen Konventionen über die Beschränkung der Rüstungen und darüber hinaus auch etwaigen Vereinbarungen zur Schaffung erhöhter Sicherheit vor feindlichen Verwundungen anzuschließen.
Gerade dieser letzte Punkt aber wird die kommende Tagung der Abrüstungskommission in erster Linie beschäftigen: denn die Kommission soll das von der letzten Völkerbundstagung beschlossene Sicherheitskomitee statuten, das nach der Abrüstungsauflösung des Völkerbundes zwar direkt unabhängig, indirekt aber in engem Zusammenhang mit der Abrüstungskommission durch die Erörterung und Vermehrung bestehender Garantie- und Nichtangriffsverträge die Sicherheiten erhöhen soll, die für die endgültige Abrüstung als notwendig angesehen werden. Zwar ist in dem Telegramm Tschitscherins, das Rußlands Teilnahme an der kommenden Tagung anzeigt, eine Stellungnahme zu diesem wichtigen Programmpunkte der Abrüstung noch nicht erfolgt; aber wie stark Rußlands Interesse gerade an der Schaffung von Sicherheiten ist, die nicht durch die Abrüstung selbst gegeben werden, braucht eigentlich nicht mehr besonders hervorzuheben zu werden; man braucht hier nur an die sehr ernsthaften Bemühungen um Garantiepakte mit den Randstaaten und Polen zu denken, um sich zu sagen, daß Rußland grundsätzlich wahrscheinlich lieber in dem Sicherheitskomitee als in der Abrüstungskommission selber mitarbeiten wird.
Schon während der Genfer Weltwirtschaftskonferenz haben Rußlands Delegierte einmal das russische Abrüstungsprogramm kurz umrissen. Wenn jetzt die Vertreter der Sowjets mit auch nur annähernd ähnlichen Instruktionen nach Genf kommen und diese Instruktionen als Vorschläge der Kommission unterbreiten sollten, so müßte daraus eine Situation entstehen, die eines gewissen atombombenähnlichen Reizes nicht entbehren würde. Das damalige Abrüstungsprogramm der Russen war nämlich so radikal, daß es als Gegenstand einer ernsthaften Abrüstungsdebatte heute und morgen allenfalls auf die Unterstützung der bereits abgerüsteten Staaten, dagegen aber auf den wilden Widerstand sämtlicher anderer Mächte zu rechnen hätte. Wenn also auf der einen Seite Rußlands Teilnahme an den Genfer Beratungen eine wesentliche Erleichterung bedeuten würde, weil sie einer Reihe von Mächten Vorwände zur Verhinderung oder gar Verhinderung ihrer Rüstungen nimmt; so würden allzu radikale Forderungen der Russen angeht sein, auf der anderen Seite die Verhandlungen zu hemmen; denn so lange mit einer Art von Sicherheitspsychose in beinahe allen Staaten gerechnet werden muß, dienen allzu radikale Forderungen leider nur dazu, neue Bedingungsfragen zu schaffen, und bewirken daher am Ende das Gegenteil von dem, wozu sie dienen sollten.
Der größte Fortschritt, der bisher überhaupt auf dem vorliegenden Wege der Abrüstung erzielt worden ist, war die bei der letzten Genfer Völkerbundstagung erreichte Nebeneinanderstellung der Probleme Sicherheit und Abrüstung, die bis dahin immer wieder vorgehoppelt worden waren. Wer nun wie Deutschland ein dringendes Interesse an der Beschleunigung der Abrüstungsarbeiten hat, sollte alles vermeiden, was von neuem das Sicherheitsproblem an die erste Stelle gegenüber der Abrüstungsbeschränkung rücken könnte. Propagandistisch vielleicht ganz wirksame ultraradikale Abrüstungsfordernungen müssen aber heute und morgen in dieser Richtung wirken. Dazu kommt noch ein weiteres Moment, das Rußland bei seiner Mitarbeit in Genf beachten sollte. Die Sowjetregierung ist in den letzten Jahren in der Weltöffentlichkeit stark beachtet worden und man ist heute außerhalb der sowjetischen Grenzen wahrscheinlich mit Recht der Ansicht, daß die Sowjetregierung diesem Instrument über Politik eine Be-

Feier an den deutschen Kriegergräbern in Paris.

Paris, 2. November. Auf dem Pariser Friedhof Bagneux von Roune fand heute an den deutschen Kriegergräbern eine Gedächtnisfeier statt, in deren Verlauf Botschafter von Dösch in dankbarer Erinnerung der Toten gedachte, die in Frankreichs Erde bestattet sind. Auch im Verlaufe dieses Naches, so führte der Botschafter u. a. aus, ist eine umfangreiche Arbeit geleistet worden, um im Einklang mit den ausländischen französischen Stellen den deutschen Grabstätten in Frankreich ein würdevolles Aussehen zu geben. Mehrere deutsche Friedhöfe auf französischer Erde sind vollständig instand gesetzt worden. 23 Friedhöfe im Gebiet der Somme und an der Maas sind auf Kosten des Völkerbundes für deutsche Kriegergräber mit Baumalleen bepflanzt worden. Die Friedhöfe hat sich auch ausgedehnt auf die Kriegerdenkmäler, die während des Krieges von unseren Truppen in Frankreich errichtet worden waren. Andere Denkmäler, die zerstört oder beschädigt waren, wurden wieder instand gesetzt. Dabei hat sich auch die Möglichkeit ergeben, die Kriegerdenkmäler aus der Zeit von 1870/71 in der Umgestaltung von Neu wieder herzustellen und an ihrer alten Stelle wieder zu errichten. Er-

set mit den ausländischen deutschen und französischen Stellen weiterhin bemüht, das hohe Ziel der Sicherung und Aus schmückung der deutschen Totenstätten zu erreichen. Der Botschafter hob mit besonderem Nachdruck hervor, daß in diesem Jahre die Zahl der Deutschen, die zur Ehre der Gefallenen auf den Schlachtfeldern einetroffen sei, sich wesentlich erhöht habe. Als ein Ereignis von besonderer Bedeutung führte er die Wiedereröffnung der deutschen evangelischen Kirche in Paris an und fügte hinzu, daß Reichspräsident von Hindenburg, an dessen 80. Geburtstag die Kirche wieder eröffnet wurde, ihn besucht habe, der deutschen Kolonie für die Ehrung die man ihm hiedurch zuteil werden ließ, wärmsten Dank auszusprechen. — Nach seiner Rede, in der er die Hoffnung ausbrachte, daß auf dem Wege des Ausgleichs unter den Völkern auch ferner Fortschritte zu verzeichnen sein mögen, legte der Botschafter namens der deutschen Kolonie in Paris einen Kranz nieder. Für die deutschen Frauen wurde ein Kranz von Frau Oberbürgermeisterin von Richer niedergesetzt. Auch eine ganze Reihe anwesender Deutscher legten ebenfalls Blumenkränze nieder.

England über die Tangerfrage.

Berlin, 3. Nov. Ueber Italienisch-Marokko äußert sich ein konservatives englisches Blatt in einem Leitartikel. Das Blatt weist auf den jüngsten Besuch mehrerer italienischer Kriegsschiffe in Tanger hin und betont, daß man die Macht Italiens nicht übersehen dürfe. Die italienischen Interessen im Tangergebiet seien durch Verträge begründet. Das Blatt spricht schließlich die Hoffnung aus, daß Frankreich und Spanien bald zu einer Vereinbarung über die Politik in der Tangerzone und über andere Fragen kommen möchten, damit der Weg für die italienische Mitarbeit frei würde.

Bevorstehender Amnestieerlaß in Rußland.

Moskau, 2. Nov. In Erfüllung des Manifestes des Zentralerekutivkomitees der Sowjetunion werden am 10. Jahrestage der Oktoberrevolution ein Regierungserlaß über die Amnestie sowie Gesetze über die Streichung der Schulden der Bauernschaft für Staatsdarlehen und über die Befreiung der unbemittelten Bevölkerung von Steuerrückständen veröffentlicht werden.

Der Waffenstillstandstag in den Vereinigten Staaten.

Washington, 2. Nov. Auf Grund einer Kongressresolution aus dem Jahre 1926 erließ Coolidge eine Proklamation, die den 11. November als Waffenstillstandstag festsetzt. Er fordert darin das Volk auf, seine Dankbarkeit für den Frieden und den Wunsch nach Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen zu allen Nationen zum Ausdruck zu bringen.

Die deutschen Sozialdemokraten und die Kommissarische Verwaltung in Rattowitz.

Rattowitz, 2. Nov. Die deutschen bürgerlichen Parteien lehnen ihre Mitarbeit in der kommissarischen Stadtverwaltung ab.
Rattowitz, 3. Nov. Die deutsche Sozialdemokratie, die mit zwei Sitzen in der kommissarischen Verwaltung der Stadt Rattowitz vertreten ist, hat sich dem Schritt der deutschen bürgerlichen Parteien nicht angeschlossen. Sie gibt heute eine Erklärung bekannt, in der es heißt, daß sie die Stellungnahme der deutschen Wahlgemeinschaft zwar verständlich finde, sich ihr aber selbst aus parteipolitischen Gründen nicht anschließen könne.

Die Erfolge der englischen Arbeiterpartei.

London, 3. Nov. Die Erfolge der englischen Arbeiterpartei bei den Gemeindevahlen werden von der englischen Presse lebhaft besprochen. Ein konservatives Blatt weist darauf hin, daß die Arbeiterpartei vor einem Jahre 140 Sitze erobert habe und diesmal nahezu weitere 100. Das Blatt erklärt, daß es nicht die Bedeutung dieses Erfolges verkleinern wolle, man brauche aber darin keineswegs ein Vorzeichen für die baldige Eroberung der Macht im Parlament durch die Arbeiterpartei zu erblicken. Ähnlich warnt auch ein anderes konservatives Blatt vor übertriebener Besorgnis anlässlich des sozialistischen Wahlerfolges, da eine solche Besorgnis nur einmütig für die folgenden Parlamentswahlen. Der Gewinn oder Verlust von 100 Sitzen bei den Gemeindevahlen sei etwas ganz anderes, als ein gleicher Gewinn oder Verlust bei einer Parla-